Friedensbewegte Aktivitäten in den Gewerkschaften

Frieden ist ein Grundbedürfnis für die weit überwiegende Mehrheit der Menschen, eben derjenigen, die lohnabhängig arbeiten. Sie verdienen nicht am Krieg, sondern dienen als Kanonenfutter. Aufrüstung ist zwangsläufig Raubbau an sozialer Sicherheit, Infrastruktur und gesellschaftlichem Wohlstand. Doch die friedenspolitische Debatte in den Gewerkschaften ist widersprüchlich. Die Führungsebenen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften fühlen sich weiterhin der Sozialpartnerschaft mit Regierung und Kapital verpflichtet. Viele Mitglieder an der gewerkschaftlichen Basis lassen sich bisher noch von dieser regierungstreuen Position einbinden, teils mehr oder weniger überzeugt, teils resigniert.

Doch es gibt Bewegung in der gewerkschaftlichen Basis, vorangetrieben von - bislang noch wenigen - Aktiven. Dazu zählen z. B. die bisher vier Gewerkschaftlichen Friedenskonferenzen.

Hanau hatte 2023 großen Anteil daran, die erste dieser Konferenzen ausgerichtet zu haben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat zwar die wissenschaftliche Expertise sowie Ressourcen eingebracht, aber der Raum wurde in Hanau geöffnet. Zu den Aktiven gehörte auch die Hanauer Friedensplattform, denn erste Kontakte zu den örtlichen Gewerkschaftsführungen von IGM, ver.di und DGB gingen von ihr aus. Die nächsten Schritte waren, die laufenden Tarifrunden Metall-Elektro und Öffentlicher Dienst zu nutzen, das Friedensthema auf Streikkundgebungen in Redebeiträgen einzubringen, was gut ankam.

Damit wurde eine Aktivität angeschoben, die zwar die Mehrheitsverhältnisse in den Gewerkschaften bisher nicht grundlegend verändern konnte, aber doch Alternativen in die Diskussion der Gesamtorganisation DGB und Einzelgewerkschaften einbringt. Die weiteren Gewerkschaftlichen Friedenskonferenzen (Stuttgart 2024, Salzgitter 2026, Würzburg 2026) liefen nach diesem Muster ab.

Weitere Formen und Organisationen von Friedensaktivitäten im gewerkschaftlichen Bereich sind Initiativen wie "Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg" (mit initiiert von Ulrike Eifler, die in Hanau von 2009 bis 2019 DGB-Regionsgeschäftsführerin war und derzeit IG Metall-Gewerkschaftssekretärin in Würzburg ist). Weiter können hier genannt werden die Initiative "Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg" sowie "Sagt Nein! Gewerkschafter*innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden".

Vertrauensleute und Betriebsräte von Mercedes Untertürkheim schrieben am 11. August 2026 einen offenen Brief an den IG Metall-Hauptvorstand, in dem sie forderten: "Schluss jetzt. Protest, Widerstand, Streik.", in dem sie gegen eine gemeinsame Erklärung von IGM-Vorsitzenden Christiane Benner mit dem BDI-Vorsitzenden Leibinger zum Thema "Produktivität erhöhen, Kosten senken" protestierten, die im Handelsblatt vom 29.6.2026 veröffentlicht worden war.

Solche basisgewerkschaftliche Initiativen zielen auf Wirkung in DGB und Einzelgewerkschaften insgesamt, Basis und Führung, ab. Sie appellieren in unterschiedlichem Maße auch an Zusammenarbeit untereinander, um ihre Wirkung zu verstärken.

Weiter gibt es linksgewerkschaftliche Portale im Internet, z. B. Gewerkschaftslinke Berlin, Jour Fixe Gewerkschaftslinke Hamburg, Gewerkschaftsforum Dortmund. Ihr könnt diese leicht googeln.

Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollzähligkeit.

Widersprüchliche Beschlüsse im DGB-Bundeskongress

Trotz ihrer beschränkten Mittel sind diese Aktivitäten nicht fruchtlos. Die Erfolge zeigten sich etwa im DGB-Bundeskongress vom 10. - 13. Mai 2026, in dem Beschlüsse gefasst wurden, die sich für Friedensfähigkeit statt "Kriegstüchtigkeit" und gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aussprachen.

Zwei Anträge bzgl. der Frage von Krieg und Frieden kamen gut an: Der Initiativantrag des DGB-Bundesvorstands "Friedensfähig statt kriegstüchtig - unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten" und der Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses "Nein zur Wehrpflicht". Bemerkenswert ist, dass Positionen und Forderungen aus der Friedensbewegung unterstützt werden. Dazu gehören etwa folgende:

1. den "*Verteidigungshaushalt*" nicht an der "*beliebigen Fünf-Prozent-Zielvorgabe der NATO*" auszurichten,
2. Ablehnung einer Wiedereinführung der Wehrpflicht,
3. eine "*gute Bildungs-, Ausbildungs- und Chancenpolitik*",
4. den Klimawandel als ernste Bedrohung durch die Wirtschaftspolitik der G20 einzuordnen,
5. Sicherheit "*in einem untrennbaren Zusammenhang*" mit "*gerechter Wohlstandsverteilung, guten Arbeitsbedingungen, demokratischer Teilhabe ... und basierend auf der Solidarität der Beschäftigten über nationale Grenzen hinweg*" zu sehen.

Das sind gute Ansätze, die in einer Organisation wie dem DGB nicht selbstverständlich sind. Am Schluss heißt es: "*Als Gewerkschaften halten wir dabei unbeirrbar an dem Grundsatz fest: Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er erfordert eine Politik, die Freiheit, Demokratie und gesellschaftliche Resilienz stärkt und Sicherheit nicht einseitig militärisch definiert. Wir wollen friedensfähig statt kriegstüchtig sein und bleiben!*" Den Worten müssen Taten folgen, und dafür müssen wir uns weiter einsetzen.

Dagegen stehen aber im Text Formulierungen, dass sich Deutschland, Europa, der Westen in einer bedrohlichen Lage befinden, weil die Trumps, Putins und Xi Jinpings dieser Welt die angeblich "regelbasierte Weltordnung" in die Tonne treten. Damit behält sich der DGB die Option vor, bei zugespitzter politischer Weltlage die Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu unterstützen.

In dieser Form stellen die genannten Beschlüsse einen Widerspruch dar, der nach beiden Seiten offen zu sein scheint. Wohin das führt, hängt nicht zuletzt von Aktivitäten an der Basis ab.
Auch der Aufruf des DGB zum Antikriegstag am 1. September 2026 enthält friedenspolitische Aussagen und die Forderung, dass der "Verteidigungshaushalt" nicht willkürlich an der "Fünf-Prozent-Zielvorgabe" der NATO festgemacht wird; er darf nicht zu Sozialkürzungen führen. Für den 26. September 2026 rufen die Gewerkschaften zu Demonstrationen gegen Sozialabbau auf, die dezentral in großen Städten stattfinden sollen. In Aufrufen dazu findet sich jedoch der Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau nicht. Der Kampf muß also weitergehen.

Internationale Aktivitäten

Auch auf internationaler Ebene gibt es Aktivitäten. Nach einer ersten internationalen Friedenskonferenz im Oktober 2025 in Paris gab es am 20. Juni 2026 eine Nachfolgekonferenz, die viele tausende Gewerkschafter und Friedensaktive aus aller Welt in London zusammenbrachte.
Ulrike Eifler erklärte in einem Interview dazu: "*Die Konferenz wurde von 14 nationalen britischen Gewerkschaften offiziell unterstützt, darunter die größte britische Gewerkschaft Unison. Delegationen der CGT und Force Ouvriere in Frankreich waren ebenso präsent wie die der spanischen UGT oder der italienischen CGIL. Auch aus Deutschland beteiligte sich eine Delegation von Gewerkschaftern. Allerdings gab es keine offizielle Unterstützung aus den Gewerkschaftsstrukturen. ... Unser Problem in Deutschland ist das niedrige Niveau an Klassenkämpfen.*"
"*Wenn wir nach Großbritannien schauen, sehen wir riesige palästinasolidarische Demonstrationen. Wenn wir nach Italien und Griechenland schauen, sehen wir Streiks gegen Rüstungsexporte nach Israel. In Europa ist die Antikriegsbewegung auf der Straße. Nur in Deutschland ist davon wenig zu spüren. Deshalb sage ich, dass gerade für uns die Inspiration der internationalen Proteste das Feuer sein kann, das uns hilft, dass auch hierzulande der Protest überspringt.*"
Die Lieferung von Rüstungsgütern an Israel ist in vielen Ländern ein brisantes Thema. In Mittelmeerländern wie Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland haben Hafengewerkschaften und Hafenarbeiter versucht, die Lieferungen zu verhindern. Auch in Belgien, Marokko und Schweden gab es solche Aktionen.
Die Hafenarbeiter im griechischen Piräus haben sich bereits mehrfach geweigert, Kriegsgüter für Israel zu beladen. Sie folgen damit dem Aufruf palästinensischer Gewerkschaften.
Hafenarbeiter aus ganz Europa trafen sich im September 2025 in Genua, um Maßnahmen zu vereinbaren, die den Transport von Waffen, die im israelischen Krieg im Gazastreifen eingesetzt werden könnten, weiter verhindern sollen.
Der Kampf um Frieden braucht die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Friedensbewegung.

F/HU, 5.9.26